

22. 10. 92

Sachgebiet 105

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Mai 1992
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über die Regelung bestimmter Vermögensansprüche
— Drucksache 12/3379 —**

**hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme
des Bundesrates**

Die Bundesregierung wird ihre Auffassung zu der vom Bundesrat angesprochenen Frage bei der Vorlage des Gesetzentwurfs über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher

oder besatzungshoheitlicher Grundlage (Entschädigungsgesetz) darlegen. Sie hält es nicht für zweckdienlich, im Rahmen des Ratifizierungsverfahrens eines internationalen Abkommens innerstaatliche Fragen des Finanzausgleichs zu erörtern.

